

Reinacher Sozis ringen um Worte

Asyl-Affäre Die SP kann sich nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen. Nun will sich die Fraktion erst einmal aussprechen.

VON JULIA GOHL

Am Montag noch schwiegen die Mitglieder der SP Reinach über angebliche Rücktrittsforderungen an ihre Gemeinderäte Urs Hintermann und Bianca Maag im Zusammenhang mit der Asyl-Affäre (bz von gestern). Oder über die kritischen Äusserungen, die ihr Fraktionspräsident in mehreren Medien getätigt hatte. Eine gemeinsame Medienmitteilung sei in Ausarbeitung, man solle sich daran orientieren. Gestern allerdings gab SP-Einwohnerrat Christoph Layer, der das Schreiben verfassen woll-

te, dieses Bestreben auf. Ihm blieb nur etwas mitzuteilen: «Da wir keinen einheitlichen Wortlaut für eine Medienmitteilung gefunden haben, wird keine Medienmitteilung versendet.»

Schelte für den Präsidenten

Das klingt nach einer gespaltenen SP Reinach. «Gespalten würde ich nicht sagen», meint Layer auf Anfrage. «Es klingt nach einer SP Reinach, die stark am Diskutieren ist.» Man stehe in engem Kontakt, habe sich in den vergangenen Tagen intensiv über die gemeinsame Medienmitteilung ausgetauscht. Es sei auch eine entstanden, die grossmehrheitlich abgesegnet wurde. «Aber wenn wir schon eine Mitteilung als Fraktion verfassen, dann sollten alle dahinterstehen.»

So kann Layer nur bestätigen, was sich gestern aus mehrheitlich vertraulichen Gesprächen der bz mit Einwohnerräten bereits abgezeichnet hat: Ru-

dolf Mäder habe mit seinen kritischen Äusserungen über die eigenen Gemeinderäte in der Öffentlichkeit einige Fraktionsmitglieder vor den Kopf gestossen. Und Rücktrittsforderungen an die Gemeinderäte aus den eigenen Reihen gebe es keine.

Damit die SP Reinach bald mehr sagen kann, möchte sie nun eine ausserordentliche Fraktionssitzung ansetzen. «Es ist wichtig, dass wir uns aussprechen und auf eine gemeinsame Linie einigen können», findet Layer. Als jene Partei, zu der sowohl die am stärksten unter Beschuss stehenden Gemeinderäte wie auch die betroffene freigestellte Asylbetreuerin und ihr Anwalt gehören, sei sie an allen Seiten betroffen. Ein Datum für die ausserordentliche Sitzung stehe noch nicht fest. «Aber wir müssen das ins Reine bringen und die Fraktion wieder zusammenführen.»